

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Martin Ehlers
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Christina Heide
Beigeordneter Howard Jacques
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Beigeordneter Jörg Mündenwarf
Bürgermeister Uwe Reese
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Sebastian Seidel
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Petra Stomberg
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Christian Ressel
Ratsmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfW-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriße
Ratsmitglied Irina Moriße-Kappes

Mitglied Die Linke

Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Freie Wähler

Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernent

Stadtbaurat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Leiter Referat 4 - Referat für Personal und Organisation Jens Müll
Leiterin Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-
Fidelak
Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth
Fachbereichsleiter Finanzen Jörg Valnion
Stv. Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst
Stv. Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Protokollführer

Protokollführer Jan Bönisch

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 17

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

3	Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.01.2018	
4	Aktuelle Stunde	
5	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
6.1	Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2019 - 2023	116/2018
6.2	Bildung Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen und Bestimmung der/des Vorsitzenden und ihres/r Stellvertreter/in	134/2018
6.3	"Kaiser-Wilhelm-Logo" für das Stadtjubiläum 2019	
7.1.1	Haushaltsplanung für die Jahre ab 2019	127/2018
7.1.2	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	115/2018
7.2.1	Änderung der Satzung Kulturstiftung Wilhelmshaven	128/2018
7.2.2	Ehrenhain Fedderwarden - Vervollständigung	79/2018
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 132 -Südliche Preußenstraße / Himmelreich- Erneuter Aufstellungsbeschluss	102/2018
7.3.2	Bebauungsplan Nr. 23, 1. Vorhabenbezogene Änderung /Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP30) -Gartengelände Hegelstraße- Aufstellungsbeschluss	103/2018
7.3.3	Stadterneuerung - Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Tonndeich Beschlüsse zur Programmaufnahme	104/2018
7.4.1	Feststellung des Jahresabschlusses 2017 und Entlastung des Betriebsleiters Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK-Eigenbetrieb)	95/2018
7.5.1	Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen	82/2018
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9.1	Anfrage AfW-Fraktion: KITAS und Religion in Wilhelmshaven	515/2018
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman brachte für die **FDP-Fraktion** folgenden **Dringlichkeitsantrag** ein:

„Die Verwaltung und die WTF werden aufgefordert, das vorgestellte Logo „Kaiser Wilhelm“ aufzugeben und ein seriöses und passenderes anzuschaffen.“

Er begründete die Dringlichkeit damit, dass nicht bis zur nächsten Ratssitzung gewartet werden könne, da dann bereits möglicherweise der Druck von Flyern und Plakaten mit dem Logo erfolgt sei und der Stadt ein Imageschaden drohe.

Frau Winkel-Fiedelak erklärte, dass es sich bei der Zeichnung nicht um das offizielle Logo zum Stadtgeburtstag handele, sondern vielmehr um ein „Key Visual“, eine Art Schlüsselbild, welches im positiven Fall eine eindeutige Identifikation einer Marke erlaube. Auftraggeber sei die WTF, die den Auftrag bereits erteilt habe. Sollte der Rat die Auffassung der FDP-Fraktion teilen, dass durch das „Beiwerk“ zum Jubiläumslogo ein Imageschaden entstehe, dann müsste die Gesellschafterversammlung der WTF auf den Geschäftsführer entsprechend einwirken, dass ein neues „Key Visual“ erstellt werde. Der Rat könne nicht ohne weiteres ein Geschäft der laufenden Verwaltung an sich ziehen, weil die Stadt nicht Auftraggeber sei.

Oberbürgermeister Wagner ergänzte, dass die Bekanntmachung bereits am 03.05.18 erfolgte und auch in der WZ-Berichterstattung zu lesen war, so dass die Frage der Dringlichkeit sich ihm nicht erschließe. Von daher hätte der heutige Antrag schon wesentlich früher gestellt werden können.

Herr von den Berg beantragte, den TOP 9.1 Anfrage der AfW-Fraktion in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben. Er begründete die **Änderung der Tagesordnung** damit, dass mit der Anfrage Kindertagesstätten und Kindergärten diffamiert werden sollen. Er möchte Schaden von den Einrichtungen und den Besuchern/Eltern abwenden.

Herr Oberbürgermeister Wagner wies darauf hin, dass man noch immer in der Diskussion über den gestellten Dringlichkeitsantrag sei. Sollte der Rat eine Dringlichkeit feststellen, wäre hierzu eine 2/3 Mehrheit erforderlich. Nach Aufruf des zusätzlichen Tagesordnungspunktes zum Dringlichkeitsantrag sei die Sitzung für eine Sitzung des Verwaltungsausschusses zur ordnungsgemäßen Vorbereitung des Antrages zu unterbrechen. Erst danach würde über den Antrag selbst beraten und abgestimmt.

Sowohl **Herr Hellwig** wie auch **Frau Breuer** vertraten die Auffassung, dass der Antrag bereits zu einem früheren Zeitpunkt hätte gestellt werden können. Die Begründung, finanziellen Schaden abzuwenden, träfe auch nicht zu, da die Auftragsvergabe bereits erfolgt sei. Die Gruppe CDU/WBV werde dem Dringlichkeitsantrag daher nicht zustimmen.

Herr Walpurgis widersprach den Ausführungen von Herrn Hellwig. Er halte den Antrag für sinnvoll und legitim. In der Gesellschafterversammlung der WTF sei nie über das Logo und das Key Visual gesprochen worden. Die Gruppe GUS werde dem Dringlichkeitsantrag zustimmen.

Herr Tönjes hielt den Dringlichkeitsantrag für nachvollziehbar, um einen möglichen Imageschaden für die Stadt abzuwenden.

Oberbürgermeister Wagner gab zu verstehen, dass gem. Satzung eine Logo- bzw. Bildfindung oder eine Sloganfindung zum lfd. Geschäft der WTF gehöre und nicht in den Aufgabenbereich der Gesellschafterversammlung falle.

Herr Jacques erklärte, dass die SPD-Fraktion eigentlich dem Dringlichkeitsantrag habe zustimmen wollen. Nachdem die WTF bereits Aufträge vergeben habe, sollte die Beratung der Angelegenheit nun aber in der Gesellschafterversammlung erfolgen. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag daher nicht folgen.

Herr Dr. von Teichman hielt die vorgebrachten Gegenargumente für wenig überzeugend. Der Rat habe seiner Meinung nach jederzeit das Recht, eine Angelegenheit an sich zu ziehen und ggfs. müsse der Gesellschafterversammlung eine Anweisung erteilt werden. Im Übrigen habe er sich sagen lassen, dass es durchaus eine kontroverse Diskussion über das Key Visual gegeben habe.

Herr Jacques beantragte für die **SDP-Fraktion** eine **Unterbrechung der Sitzung für eine Fraktionsbesprechung**.

Dem Antrag wurde **mehrheitlich gefolgt**. Die Sitzung wurde daraufhin für 5 Minuten unterbrochen.

Auf die Frage von **Herr Moriß** warum das Key Visual einen zwinkernden „Wilhelm“ zeige, erklärte **Frau Muth**, dass es sich hier um ein Emoji handele und viele Menschen mit diesem Smiley arbeiten würden. Daraus abgeleitet habe man sich für eine „moderne“ Abbildung des Kaisers entschieden.

Herr Dr. Schulte bat um Auskunft, wozu das Key Visual genutzt werde, wenn es sich nicht um das offizielle Jubiläumslogo handele.

Oberbürgermeister Wagner erinnerte daran, dass diese Frage im Rahmen der Sachdiskussion beantwortet würde. Jetzt sei zunächst die Frage der Dringlichkeit zu klären. Nach dem Kommentar zum NKomVG sei nur in dringenden Fällen, in denen eine Behandlung notwendig geworden sei, die nicht mehr unter Abkürzung der Ladungsfrist auf die Tagesordnung gesetzt werden könne, eine Erweiterung der Tagesordnung möglich. Es wäre in diesem Fall objektiv - unter Wahrung der verkürzten Ladungsfrist - möglich gewesen, den Antrag einzubringen.

Herr Jacques erklärte, dass sich die SDP-Fraktion beraten habe. Da man eine Aufarbeitung des Themas wünsche, werde man dem Dringlichkeitsantrag doch zustimmen.

Der **Ratsvorsitzende Becker** ließ über den **Dringlichkeitsantrag** abstimmen. Dem Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung wurde bei 26 Ja-Stimmen und 11 Nein - Stimmen mit der **erforderlichen 2/3 Mehrheit zugestimmt**. Die Tagesordnung erhielt den neuen TOP 6.3..

Herr Moriß hielt den Antrag von Herrn von den Berg, die AfW-Anfrage in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben, für nicht begründet und bezweifelte die Konformität mit dem Gesetz.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass es sich in der Tat um öffentlich relevante Informationen handele und es daher keinen rechtlichen Grund gebe, den besagten TOP in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben.

Die Tagesordnung wurde daraufhin bei 27 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen in der **geänderten Form festgestellt**.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.01.2018

Herr Walpurgis erhob Einwände gegen die Genehmigung des Protokolls vom 19.01.2018. Er sei dort falsch zitiert bzw. ein Sachverhalt nicht richtig dargestellt worden. Er bat darum, zu TOP 5 auf Seite 10 folgende Ergänzung vorzunehmen:

*„**Herr Walpurgis** meldete sich zu Wort, um eine Nachfrage gemäß § 12 (6) der GO zu stellen wie es in der Diskussion ebenso Frau Weinstock und Herrn Dr. von Teichman gestattet wurde. Herr Becker lehnte die Wortmeldung ab mit dem Hinweis, Herr Walpurgis habe bereits gesprochen. Herr Walpurgis forderte den Ratsvorsitzenden auf, er möge in die GO Rat § 12 (6) schauen, was Herr Becker mit einem „Nein“ beantwortete und die Nachfrage nicht zuließ.“*

Der **Ratsvorsitzende** erklärte, dass der Rat sich jetzt die Audiodatei des Protokolls anhören könne, oder dass die Genehmigung des Protokolls vom 19.01.2018 verschoben und zunächst geprüft werde, um es dann im nächsten Rat noch einmal in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Herr Walpurgis erklärte, dass von ihm bereits ein Antrag auf Abhören des Protokolls gestellt worden sei. Dieser sei aber bislang als nicht begründet zurückgewiesen worden. Es sollte zunächst die Eröffnung des Protokolls abgewartet werden. Dies sei heute der Fall. Insofern habe er eine entsprechende Ergänzung vorgetragen. Man könne die Genehmigung verschieben.

Herr Becker stellte daraufhin den **Antrag auf Verschiebung der Genehmigung des Protokolls** auf die nächste Ratssitzung. Dem **Antrag** wurde bei 34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich gefolgt**.

4 Aktuelle Stunde

Herr von den Berg erklärte, dass die Gruppe GUS für die Aktuelle Stunde zwei Themen beantragt habe.

Das sei zum einen der Zahlungsverzug zu Lasten von Bürger*innen, die das sogenannte Hartz IV bzw. Sozialhilfe- oder Grundsicherung im Alter beziehen, nach Anpassung im Bereich Kosten der Unterkunft (KdU) wegen Personalmangel beim Jobcenter. Man habe der Wilhelmshavener Zeitung entnehmen können, dass der betroffene Personenkreis dadurch schwer belastet werde, dass die Zuschüsse nicht zeitnah an die Bezieher überwiesen werden. Durch die Eingabe

wolle man auf die schwierige Situation aufmerksam machen und das JobCenter auffordern, seinen Verpflichtungen schnellstmöglich nachzukommen.

Des Weiteren habe man der Presse entnommen, dass der private Eigentümer des geschichtsträchtigen Gebäudes des ehemaligen Konzert- und Ballhauses „Elisenlust“ dessen Abriss beabsichtige. Er wisse aus eigener Hand wie schwierig und kostspielig die Sanierung eines solchen Gebäudes sei, aber aufgrund der historischen Bedeutung beim Matrosenaufstand und dem Revolutionsbeginn 1918 halte er für notwendig, das Gebäude zu erhalten. Möglicherweise bestehe die Chance, gemeinsam mit dem Eigentümer Lösungsansätze für den Erhalt des Gebäudes zu finden, indem beispielsweise Fördermittel zur Sanierung zu beantragt werden.

Nachdem der **Ratsvorsitzende Becker** den Vorsitz an Frau Heide abgegeben hatte, führte er aus, dass er als Pächter der dort befindlichen Diskothek „Casablanca“ seit 1984 das Haus kenne. Leider komme die Eingabe der GUS zu spät, da das Gebäude nicht unter Denkmalschutz stehe. Der Sanierungsstau sei extrem hoch, da der Eigentümer nicht investiert habe. Andererseits werde der Eigentümer keine Mittel in die Hand nehmen, wenn nicht sicher sei, dass die Wirtschaftlichkeit der Immobilie gegeben sei und die aktuellen Mieter langfristig gehalten werden können. Auch er finde es schade, dass wieder ein geschichtsträchtiges Gebäude aus dem Stadtbild verschwinde.

Herr **Dr. von Teichman** wies darauf hin, ob nicht wenigstens die Fassade des Gebäudes erhalten werden könne. Er bat die Verwaltung, mit dem Eigentümer Gespräche aufzunehmen, um diese Lösung in Angriff zu nehmen.

Herr Schön erklärte, dass sich auch die SPD-Fraktion dafür einsetze, historische Gebäude zu erhalten. Man plädiere dafür, wenigstens Teilbereiche des Gebäudes wie die Attika, die das Haus präge, zu erhalten. Im Gespräch mit dem Investor sollte man klären, welche Elemente bei einem Neubau integriert werden können. So wie er den Investor verstehe, sei dieser auch bereit, darüber zu diskutieren. Generell sei man der Auffassung, dass alle noch vorhandenen historischen Gebäude erhalten bleiben sollten. Deshalb habe er im Betriebsausschuss GGS angeregt, Vertreter des Vereins zum Erhalt der Wilhelmshavener Baukultur einzuladen. Man möchte sich über die Arbeit des Vereins informieren, seine Ziele erfahren und mit den Aktivitäten der Verwaltung abgleichen.

Auch **Herr Tönjes** sah die aktuelle Entwicklung kritisch. Er werde für die nächste Ratssitzung einen Antrag auf Prüfung eines Ankaufs des ehemaligen Gebäudes „Elisenlust“ durch die Stadt stellen. Gemeinsam mit Bund und Land müsse über einen Ankauf bzw. eine Komplettsanierung nachgedacht werden, unabhängig davon, ob es wirtschaftlich sei oder nicht.

Herr Hellwig machte deutlich, dass es hier noch immer um Privateigentum handele, das nach dem Grundgesetz einem besonderen Schutz unterliege. Wenn das Gebäude denkmalschutzwürdig sei, müsse sich das Bauordnungsamt damit beschäftigt haben, daher würde er gern Herrn Leinert dazu hören.

Herr Leinert erklärte, dass die untere Denkmalschutzbehörde zurzeit gemeinsam mit der oberen Denkmalschutzbehörde in der Prüfung sei, ob es sich bei dem Gebäude um ein Denkmal handle. Aktuell sei es nicht in der Denkmalliste aufgeführt. Mit dem Investor, Herrn Grimmert, sei man bereits in Gesprächen.

Herr Prof. Preuß nahm die Äußerung von Herrn Hellwig zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass Eigentum auch verpflichte. In Wilhelmshaven sei man leider mit dem Erhalt seiner Vergangenheit negativ umgegangen und erinnerte an den Abbruch der ehemaligen Südzentrale. Er sei der Meinung, dass die heute vorgebrachten Vorschläge vernünftig seien und bat die Verwaltung zu prüfen, ob alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden seien.

Der **Ratsvorsitzende** erklärte die „Aktuelle Stunde“ damit für beendet.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2019 - 2023

116/2018

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.05.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
Es wird der Vorschlagsliste der Stadt Wilhelmshaven für die Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2019 bis 2023 zugestimmt.

6.2 Bildung Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen und Bestimmung der/des Vorsitzenden und ihres/r Stellvertreter/in

134/2018

Der **Ratsvorsitzende** erklärte, dass der Rat in seiner Sitzung am 14.03.2018 beschlossen habe, einen Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen zu bilden. Der Rat entsende die Mitglieder entsprechend den Vorschriften des NKomVG für beratende Ausschüsse einschließlich Grundmandatären. Die Sitzverteilung erfolge nach § 71 Abs. 2 NKomVG wie folgt:

Gruppe CDU/WBV	3 Sitze
SPD-Fraktion	2 Sitze bzw. 3 Sitze
Gruppe GUS	2 Sitze
FDP-Fraktion	1 Sitz
AfD-Fraktion	1 Sitz bzw. Grundmandat
AfW-Fraktion	1 Sitz bzw. Grundmandat

Für den letzten Sitz erfolge ein Losentscheid zwischen der SPD-Fraktion, AfD-Fraktion und der AfW-Fraktion gem. § 71 Abs. 2 S. 5 NKomVG. Die unterlegenen Fraktionen hätten einen Anspruch auf ein Grundmandat in dem neuen Ausschuss.

Er bat zunächst um **Benennung der Ausschussmitglieder**.

Gruppe CDU/WBV

1. Becker, Stefan
2. Heinemann, Uwe
3. Harms, Martin

SPD-Fraktion

1. Münkenwarf, Jörg
2. Marxfeld, Gesche

Gruppe GUS

1. Weinstock, Helga
2. Walpurgis, Frank Uwe

FDP-Fraktion

1. Ressel, Christian

Das Los für den letzten Sitz wurde vom Ratsvorsitzenden gem. § 71 Abs. 2 S. 6 NKomVG gezogen. Das **Los fiel auf die AfD-Fraktion**, die Herrn Prof. Lothar Preuß benannte. Die AfW-Fraktion erhielt ein Grundmandat, das von Herrn Thorsten Moriße wahrgenommen wird.

AfD-Fraktion

Preuß, Prof, Lothar

AfW-Fraktion

Moriße, Thorsten Grundmandat

Hinsichtlich der Verteilung der 13 Ausschussvorsitze hatten die Vorsitzenden der Gruppe CDU/WBV und GUS sowie die Vorsitzenden der Fraktionen der SPD und FDP im Vorfeld erklärt, sie würden für die Vorsitze an Position 1. bis 12. dieselben Vorsitze wie bisher greifen. Das Zugreifverfahren sei daher erst ab dem 13. Ausschussvorsitz neu durchzuführen. Der **Ausschussvorsitz** für den Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellung gehe an die **Gruppe CDU/WBV**.

Herr Hellwig benannte **Herrn Uwe Heinemann** zum **Vorsitzenden** und **Herrn Stefan Becker** zu seinem **Stellvertreter**.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Bildung des Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen wird zugestimmt.

Die Sitzung wurde zur Vorbereitung des neuen TOP 6.3. durch den Verwaltungsausschuss unterbrochen. Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

6.3 "Kaiser-Wilhelm-Logo" für das Stadtjubiläum 2019

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit **teilte Frau Winkel-Fiedelak** mit, dass im VA eine Vertagung beschlossen worden sei. Damit habe dieser deutlich gemacht, dass keine ordnungsgemäße Vorbereitung möglich gewesen sei. Man könne jetzt zwar über den TOP beraten, aber eine Beschlussfassung sei rechtswidrig.

Oberbürgermeister Wagner stellte den **Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung** des TOPs. Die Verwaltung werde darauf achten, dass bis zur nächsten Ratssitzung keine unnötigen Ausgaben getätigt werden.

Herr von den Berg bat die Ratsmitglieder dem Antrag nicht zu folgen. Auch wenn heute kein Beschluss gefasst werden könne, gebe es großen Informations- und Diskussionsbedarf.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verärgert hinsichtlich des Ablaufes. Zuerst werde im Rat mit einer 2/3 Mehrheit der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt und damit auch eine Beschlussfassung ermöglicht. Anschließend wird im VA eine Vertagung beschlossen. Dies widerspreche dem Willen des Rates. Es seien vollkommen widersprüchliche Argumente in den Raum gestellt worden. Erst seien Aufträge bereits erteilt worden, jetzt habe man plötzlich ausreichend Zeit. Er appellierte, dass der VA ein weiteres Mal tage und der Rat dann nicht nur beraten sondern auch entscheiden könne.

Der **Ratsvorsitzende** ließ über den **Antrag auf Vertagung** abstimmen. Dem Antrag wurde bei 19 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **gefolgt**.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Haushaltsplanung für die Jahre ab 2019

127/2018

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.05.2018.

Herr von den Berg erklärte, dass die Gruppe GUS dem Beschluss diesmal noch folgen werde, künftig aber grundsätzlich jährliche Haushaltsberatungen durchführen möchte. Er begründete den Schritt damit, dass man aufgrund des bevorstehenden Personalwechsels den Nachfolgern eine gewisse Zeit der Einarbeitung zugestehen wolle.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Jahre 2019/2020 einen Doppelhaushalt zu entwerfen und zur Beschlussfassung planmäßig im Rat am 28.11.2018 vorzubereiten. Die sich daran anschließende Mittelfristige Finanzplanung erstreckt sich auf die Jahre 2021 bis 2023.

7.1.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat

115/2018

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.05.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Inselheim Rüstringen e. V. Holsteinstr. 3, 26389 Wilhelmshaven	3.000,00 €	Neues Gymnasium Wilhelmshaven, Geldspende für pädagogische Projekte
2. Herr Reimar Thomas, Marco-Polo-Str. 7, 26389 Wilhelmshaven	3.500,00 €	Neues Gymnasium Wilhelmshaven, Sachspende (Musikinstrumente) für den Fachbereich Musik

7.2 Ausschuss für Kultur (Beigeordneter Jacques)

7.2.1 Änderung der Satzung Kulturstiftung Wilhelmshaven

128/2018

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Kultur vom 08.05.2018 vor.

Herr von den Berg erklärte, dass die Gruppe GUS die Kulturstiftung nach wie vor ablehne. Daher werde man auch dieser Satzungsänderung nicht zustimmen.

Herr Tönjes sah, wenn gleich auch mit einem kritischen Auge, eine Kulturstiftung als notwendigen Schwingungsdämpfer zwischen Politik und Kulturschaffenden an, den es derzeit nicht geben würde. In seiner Gruppe beziehe er damit eine Einzelposition.

Die im Kulturausschuss vorgestellte Satzung habe seiner Meinung nach noch viele Mängel. Das Streichen des Wattenmeerhauses aus der Satzung allein reiche nicht aus, es fehle eine Anpassung. Außerdem sei der Eindruck entstanden, dass die vom Rat geforderte Abstimmung mit den Leitungen von Küstenmuseum und Kunsthalle nicht erfolgt sei. In dieser Form lehne er die Änderung der Satzung auch ab, denn sie sei mangelhaft und müsse nachgearbeitet werden.

Herr Dr. von Teichman fragte sich, wer überhaupt diese Kulturstiftung noch wolle - außerhalb des Ratsaales wohl niemand. Seiner Meinung nach werde damit ein großer Fehler gemacht. Er bekräftigte die Aussage von Herrn Tönjes, dass die Verwaltung den Auftrag vom Februar nicht ausgeführt habe. Er verlas den dazugehörigen Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Hätte die Verwaltung ihre Aufgabe richtig durchgeführt, wäre es nicht zu 3 schweren Fehlern in der Satzung gekommen.

„1. Im Vorstand heißt es, dass dieser aus mindestens 3 Personen besehen müsse. Unter Punkt 3 heiße es dann, dass der Stiftungsvorstand beschlussfähig sei, sofern mindestens zwei der Mitglieder vorhanden sind. Er stelle sich die Frage, ob der Vorstand dann auch bei 7 Personen beschlussfähig sei.“

2. Das Kuratorium besteht aus 9 Mitgliedern. Im nächsten Paragraphen stehe dann, dass für die Beschlüsse des Kuratoriums § 8 entsprechend gelte. Danach wäre das Kuratorium ebenfalls mit 2 Personen beschlussfähig.

3. In § 11 ist die Zusammensetzung des Kuratoriums formuliert. Da heiße es dann, dass die Zusammensetzung aus einem Drittel in Museums- und Kulturangelegenheiten erfahrenen Personen, einem weiteren Drittel aus Vertretern des Vereins der Kunstfreunde, einem weiteren Drittel aus dem Verein zum Erhalt des Küstenmuseums und dann einem vierten Drittel aus Ratsmitgliedern bestehe.“

Er appellierte an die Ratsmitglieder, der heutigen Satzungsänderung nicht zuzustimmen bzw. die Änderung wenigstens zu vertagen.

Oberbürgermeister Wagner stellte richtig, dass in § 11 der Kultursatzung Folgendes stehe: „Es soll sichergestellt sein, dass jeweils zu einem Drittel in Museums- und Kulturangelegenheiten erfahrene Personen hierunter sind, ferner jeweils zu einem Drittel Vertreter des Vereins der Kunstfreunde Wilhelmshaven und des Verein zum Erhalt des Küstenmuseums sowie jeweils zu einem Drittel Ratsvertretern.“

Herr Tönjes bat um Auskunft, wie das zweite Drittel aus Vertretern des Vereins der Kunstfreunde und des Vereins zum Erhalt des Küstenmuseums bei 3 Personen aufgeteilt werde.

Oberbürgermeister Wagner sah die Möglichkeit einer Einigung zwischen den beiden betroffenen Institutionen.

Herr Dr. Schulte sah es durch die unklare Formulierung als erwiesen an, dass die Satzungsänderung heute nicht beschlossen werden könne.

Herr Hellwig machte deutlich, dass der Rat sich nach reiflicher Überlegung und langen Diskussionen mit großer Mehrheit entschieden habe, eine Kulturstiftung zu gründen. Jetzt werde versucht, über die Veränderungen an der Satzung, die nach dem Ausscheiden des Wattenmeerhauses erforderlich geworden seien, diesen Ratsbeschluss zu torpedieren. Dies halte er für falsch. Er bat um Zustimmung der Vorlage.

Herr Tönjes stellte den **Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung**.

Der **Ratsvorsitzende** wies darauf hin, dass Herr Tönjes bereits zur Sache gesprochen habe und daher keinen Antrag auf Vertagung stellen könne. Daraufhin meldete sich **Frau Kloster** zu Wort und stellte ihrerseits einen **Antrag auf Vertagung**. Der Antrag wurde bei 14 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **abgelehnt**.

Herr Walpurgis stellte fest, dass der Ratsvorsitzende Herrn Tönjes sein Rederecht mit Hinweis auf § 10 Abs. 1 Nr. b GO verweigert habe.

Der Ratsvorsitzende stellte richtig, dass er bereits über den Beschluss habe abstimmen lassen als Herr Tönjes seinen Antrag auf Vertagung gestellt habe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
Der Rat beschließt die Änderungen der Satzung über die „Kulturstiftung Wilhelmshaven“ in der Fassung vom 12.04.2018.

7.2.2 Ehrenhain Fedderwarden - Vervollständigung

79/2018

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Kultur vom 08.05.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass die FDP-Fraktion das Vorhaben des Bürgervereins Fedderwarden zwar unterstütze, allerdings bemängelte er die Inschrift der Gedenktafel. Sie müsste Mahnung an uns alle sein und keine Verherrlichung des Krieges darstellen. Er hoffe, dass die Informationstafeln einen entsprechenden Hinweis darauf enthalten werden.

Frau Kloster lehnte die Beschlussvorlage mit der Begründung ab, dass sie jede Art der Kriegsverherrlichung ablehne.

Herr Hellwig wies daraufhin, dass es sich um den Wunsch des Bürgervereins Fedderwarden handle und damit wohl vom größeren Teil der Bevölkerung Fedderwardens mitgetragen werde. Die benötigten Gelder seien zweckgebundene Spenden und belasten den städtischen Haushalt nicht. Insofern bestehe kein Grund, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

Herr Tönjes stellte den **Antrag auf namentliche Abstimmung**.

Herr Jacques hielt es für wichtig, dass diese historischen Gedenktafeln als Mahnmale für zukünftige Generationen bestehen bleiben.

Der **Ratsvorsitzende** ließ über den **Antrag auf namentliche Abstimmung abstimmen**. Der Antrag wurde bei 6 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
1. Der Bürgerverein Fedderwarden e. V. beauftragt die abschließende Ergänzung des Ehrenhains auf dem Grundstück des Herrn Jan-Günter Klöwer in der Poststraße 19 in Wilhelmshaven (Fedderwarden) mit den aus der Begründung ersichtlichen zwei Gedenktafeln und einer Informationstafel.
2. Der Bürgerverein Fedderwarden e.V. wird die Kosten der unter 1.) genannten Maßnahmen tragen. Hierzu stellt die Stadt Wilhelmshaven die ihr zugewandten zweckgebundenen Spenden zur Verfügung.

3. Die Verwaltung schafft die vertraglichen Voraussetzungen für die unter 1.) genannten Maßnahmen und deren Nutzung durch die Öffentlichkeit durch Abschluss eines entsprechenden Nachtragsvertrages zum Nutzungsvertrag vom 20.03.2014 nebst

1. Nachtragsvertrag vom 19.04.2017 mit dem Grundstückseigentümer des Grundstückes Poststraße 19 in Wilhelmshaven (Fedderwarden), Herrn Jan-Günter Klöwer.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

7.3.1 Bebauungsplan Nr. 132 -Südliche Preußenstraße / Himmelreich- Erneuter Aufstellungsbeschluss

102/2018

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.05.2018 vor und erläuterte ihn kurz.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3636) die erneute Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 132 –Südliche Preußenstraße / Himmelreich- im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.2 Bebauungsplan Nr. 23, 1. Vorhabenbezogene Änderung / Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP30)-Gartengelände Hegelstraße - Aufstellungsbeschluss

103/2018

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.05.2018 vor und erläuterte ihn kurz.

Herr Ressel bat um Auskunft, warum der Bebauungsplan den Namen „Gartengelände Hegelstraße“ trage, wo doch die Hegelstraße nicht in unmittelbarer Nähe liege und die Gökerstraße zutreffender sei.

Herr Leinert erklärte, dass es sich seines Wissens um einen historischen Bezug handele.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) die Aufstellung der 1. vorhabenbezogenen Änderung zum Bebauungsplan Nr. 23 /

Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 30 (VEP 30) –Gartengelände
Hegelstraße- im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne

Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die
frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem.
§§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB. Die Vorlage ist als Anlage des
Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.3 Stadterneuerung - Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Tonndeich **104/2018**
Beschlüsse zur Programmaufnahme

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen
vom 08.05.2018 vor und erläuterte ihn kurz.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat ermächtigt die Verwaltung, den Antrag zur Aufnahme in
das Städtebauförderprogramm des Landes Niedersachsen für
das Programmjahr 2019 (Stichtag 01.06.2018) zu stellen.
2. Die Stadt Wilhelmshaven wird grundsätzlich den nicht durch
Einnahmen und Fördermittel gedeckten Kostenanteil (bei 10-
jähriger Laufzeit 445.333 € pro Jahr vorläufig errechneter
Eigenanteil) der Gesamtmaßnahme für die Dauer des
Sanierungsverfahrens vorbehaltlich der Aufnahme in das
Städtebauförderprogramm und der abgeschlossenen
Haushaltsberatungen für die Haushaltsjahre 2019/2020
übernehmen (Anlage 1).

Die Anlage 1 ist Bestandteil des Protokolls.

7.4 Betriebsausschuss Krankenhaus (Bürgermeisterin Glaser)

7.4.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2017 und Entlastung des **95/2018**
Betriebsleiters Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken
und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK-
Eigenbetrieb)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus
vom 25.04.2018 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss 2017 wird mit einem Jahresfehlbetrag
von – 65.705,34€ € festgestellt.
Das Ergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.
2. Dem Betriebsleiter wird Entlastung erteilt.

7.5 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Beigeordneter
von den Berg)

7.5.1 Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen**82/2018**

Herr von den Berg trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 04.05.2018 vor. Bei den aufgeführten Straßen konnte, auch nach Sichtung der Archivdaten, teilweise keinerlei gültige Widmung festgestellt werden. Hinzu kämen Straßen, die nach dem kürzlich erfolgten Endausbau, jetzt dem Allgemeingebrauch offiziell übergeben werden sollen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
Gem. § 6 Niedersächsisches Straßengesetz in der z.Zt. gültigen Fassung werden nachfolgende Straßen / Straßenteile zum 01.05.2018 dem öffentlichen Verkehr als Gemeindestraßen /sonstige öffentliche Straßen gewidmet: Siehe Anlagen

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Ein Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten lag nicht vor.

9 Anfragen9.1 Anfrage AfW-Fraktion: Kitas und Religion in Wilhelmshaven**515/2018**

Herr Moriße trug folgende **Anfrage der AfW-Fraktion:** Kitas und Religion in Wilhelmshaven vor:

- „1. Welche Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften betreiben als Träger Kindertagesstätten in Wilhelmshaven?*
- 2. In welchen Kindertagesstätten in Wilhelmshaven liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei über 50 %?*
- 3. Welche Kindertagesstätten in Wilhelmshaven, deren Konzept auf einer Interkulturellen Pädagogik mit dem Schwerpunkt Islam beruht, sind der Verwaltung bekannt?*
- 4. Welche Kindertagesstätten, deren Konzept eine ethisch moralische Erziehung auf islamischer Grundlage beinhaltet, sind der Verwaltung bekannt?*
- 5. Wodurch unterscheiden sich diese Kindertagesstätten von anderen Einrichtungen?*
- 6. Wann wurde jeweils durch die Einrichtungsaufsicht der Kindertagesstätten die Betriebserlaubnis erteilt?*
- 7. Welche Träger unterhalten diese Kindertagesstätten?*
- 8. Welche dieser Kindertagesstätten sind aus Elterninitiativen entstanden?*
- 9. Sind Islamische Kindergärten in Wilhelmshaven geplant?*
- 10. Sind der Verwaltung Fälle bekannt, bei denen Familien der KITA-Besucher/innen als strengreligiös beziehungsweise salafistisch gelten?“*

Oberbürgermeister Wagner beantwortete die Anfrage wie folgt:

1. ev.-luth, röm.-kath., Waldorf, sonstige freie Träger
2. ev.-luth. Einrichtungen Bant I, Bant II und Christuskindergarten, der katholischen Einrichtung Arche Noah und den Einrichtungen „Südsterne“ (Träger WiKi) sowie Wiesenhof – „Grashüpfer“ – (Träger AWO Wilhelmshaven /Friesland)
3. keine
4. keine
5. entfällt, da 3. und 4. verneint
6. entfällt
7. wie 6. und 7., entfällt
8. wie 6., entfällt
9. nein
10. nein

10 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Bönisch
Protokollführer